



GRUNDSATZPAPIER

JUNGFREISINNIGE BASEL-STADT

POSTFACH 432

4003 BASEL

WWW.JFBS.CH

A JUNGFREISINNIGE GRUNDSÄTZE

| | | |
|----------|--|----------|
| 1 | JUNGPARTEI | 1 |
| 2 | FREIHEIT UND EIGENVERANTWORTUNG | 1 |
| 3 | OFFENHEIT UND TOLERANZ | 1 |
| 4 | SOLIDARITÄT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | 2 |
| 5 | DEMOKRATIE | 2 |
| 6 | FREIE MARKTWIRTSCHAFT | 2 |

B JUNGFREISINNIGE POSITIONEN

| | | |
|-----------|-------------------------------|-----------|
| 1 | REGIONALPOLITIK | 3 |
| 2 | UMWELTPOLITIK | 3 |
| 3 | VERKEHRSPOLITIK | 5 |
| 4 | WIRTSCHAFTSPOLITIK | 6 |
| 5 | SOZIALPOLITIK | 7 |
| 6 | GESUNDHEITSPOLITIK | 8 |
| 7 | GLEICHSTELLUNGSPOLITIK | 9 |
| 8 | DROGENPOLITIK | 9 |
| 9 | BILDUNGSPOLITIK | 10 |
| 10 | KULTURPOLITIK | 11 |
| 11 | AUSSENPOLITIK | 12 |
| 12 | EUROPAPOLITIK | 13 |
| 13 | MIGRATIONSPOITIK | 14 |
| 14 | SICHERHEITSPOLITIK | 15 |
| 15 | FAMILIENPOLITIK | 16 |

A JUNGFREISINNIGE GRUNDSÄTZE

1 JUNGPARTEI

Als eine Jungpartei vertreten wir die Ansichten und Anliegen der Jugendlichen und bringen ihre und somit auch unsere Forderungen an die Gesellschaft und den Staat heran.

Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen sich im Beruf und in der Gesellschaft frei entfalten können. Unsere Aufgabe ist es, jungen Menschen Gehör in der Politik zu verschaffen. Wir fördern und fordern den zunehmenden Einbezug der Jugend in die Politik. Wir sind in der Politik das Sprachrohr der Jugendlichen.

2 FREIHEIT UND EIGENVERANTWORTUNG

Liberal ist, wer die Freiheit seiner Mitmenschen respektiert. Jeder Mensch darf sein Leben frei gestalten. Die persönliche Freiheit eines Menschen endet dort, wo die Freiheit seiner Mitmenschen beginnt.

Diesen liberalen Grundgedanken halten wir hoch. Der Staat hat die Freiheit der Menschen zur Wahrung des Gemeinwohls soviel wie nötig und so wenig wie möglich einzuschränken. Weniger Staat bedeutet mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Jeder Mensch muss seine Eigenverantwortung wahrnehmen. Der Staat darf den Menschen die Eigenverantwortung nicht abnehmen und die Menschen dürfen sie nicht dem Staat übertragen.

3 OFFENHEIT UND TOLERANZ

Nur wer gegenüber neuen Ideen und Entwicklungen offen ist, kann die Probleme der Gegenwart und der Zukunft meistern. Verschlossenheit bedeutet Stagnation und sozialer Rückschritt. Fortschrittliches Denken schliesst nicht aus, Bewährtes zu erhalten.

Toleranz heisst, Mitmenschen in ihrem Denken und Handeln zu akzeptieren unabhängig etwa von deren Herkunft, Geschlecht, Religion oder Aussehen. Dialogbereitschaft mit anders denkenden Menschen ist der Beginn einer Problemlösung.

4 SOLIDARITÄT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Solidarität gegenüber jedem Menschen ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Die persönliche Freiheit jedes Einzelnen ist zu schützen und die Eigenverantwortung zu fördern. Nicht alle Menschen können in Freiheit leben, da ihnen die Voraussetzungen dazu fehlen.

Unser Sozialstaat hilft diesen Menschen, wenn sich keine andere Hilfe anbietet. Unser Sozialstaat muss primär Anreize für die Menschen schaffen, damit sich diese selbst versorgen können. Sekundär muss eine umfassende Unterstützung für die Bedürftigen bereitgestellt werden. Wir setzen uns für eine gezielte Verteilung der Sozialhilfe ein und lehnen Hilfsbeiträge nach dem Giesskannensystem ab. So ist gewährleistet, bedürftige Menschen unterstützt ohne dabei den Finanzhaushalt zu schädigen.

5 DEMOKRATIE

Die Demokratie geht von der Gleichheit und der Freiheit aller Bürger aus. Der Wille des Volkes bestimmt die Politik.

In einer Demokratie fügt sich die Minderheit der Mehrheit. Die Mehrheit nimmt auf die Minderheit Rücksicht.

Charakteristisch für die Demokratie sind die Volksrechte. Volksentscheide sind vom Staat bedingungslos umzusetzen.

6 FREIE MARKTWIRTSCHAFT

In der freien Marktwirtschaft werden Gütererzeugung und -verbrauch durch den auf dem Markt gebildeten Preis bestimmt. Die Eigentumsfreiheit und der freie Wettbewerb ermöglichen es den Menschen, Entscheidungen in persönlicher Freiheit zu treffen.

Der Staat greift in den freien Wettbewerb korrigierend oder kontrollierend ein, wenn es das Allgemeinwohl fordert. Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf sind so zu gestalten, dass die marktwirtschaftliche Selbststeuerung nicht ausser Kraft gesetzt wird. Überregulierungen sind zu verhindern.

B JUNGFREISINNIGE POSITIONEN

1 REGIONALPOLITIK

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Basler Halbkantonen ist zu intensivieren, um heute bestehende Doppelspurigkeiten, zum Beispiel im Schulsystem, abzubauen.

Die Zusammenarbeit innerhalb der Agglomerationen Basel muss ausgebaut werden, damit der Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz noch attraktiver wird. Zudem kann sich unsere Region auf diese Weise mehr Gehör auf eidgenössischer Ebene verschaffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Zentrumsleistungen des Kantons Basel-Stadt, zum Beispiel im Bereich Kultur, von den Einzugsgebieten adäquat abgegolten werden.

Wir unterstützen Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wie die Oberrhein-Konferenz. Randregionen wie die Regionen Basel sind auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit angewiesen, weil viele Probleme etwa in den Bereichen Verkehr und Sicherheit nicht vor der Landesgrenze Halt machen. Weiter ist eine gemeinsame Lösung kostengünstiger als zwei verschiedene.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- **die intensivierte Zusammenarbeit innerhalb der Agglomeration Basel**
- **die Abgeltung von Zentrumsleistungen durch die Leistungsbezüger in den umliegenden Regionen**
- **die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

2 UMWELTPOLITIK

Erstrebenswert ist eine Energiepolitik, die uns eine sichere Energieversorgung gewährleistet, möglichst umweltschonend ist und mit nicht regenerierbaren Ressourcen sparsam umgeht. Die bis heute verwendeten Energiequellen (Atomkraft, Erdgas, Erdöl und Kohle) erfüllen diese Anforderungen nicht. So sind weder fossile Brennstoffe noch radioaktive Abfälle der Kernenergie umweltschonend. In dem Masse, in dem wir unseren Energieverbrauch reduzieren, können wir auf die eben erwähnten Energieträger

verzichten. Um die hohe Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten, ist ein Mix von Energieträgern notwendig.

Folgende Massnahmen stehen für uns im Vordergrund: Die breite Aufklärung der Bevölkerung in Sachen Energiesparen (mehr Eigenverantwortung, weniger dirigistischen Massnahmen), steuerliche Anreize zum Energiesparen (zum Beispiel für die Wärmedämmung von Gebäuden, durch Lenkungsabgaben oder für Wärmerückkoppelungsanlagen), der Übergang von der zentralen zur dezentralen Energiegewinnung und die Förderung neuer Energieformen wie Solar- und Windenergie, Biomasse (zum Beispiel Biogas), Erdwärme und Kernfusion (Kernreaktion, bei der durch Verschmelzung zweier leichter Atomkerne ein schwerer entsteht, dessen Masse etwas kleiner als die Summen der Einzelmassen ist. Die Differenz wird in Form von Energie frei.) Letzteres hat unter strengen sicherheitstechnischen und umweltverträglichen Auflagen zu erfolgen.

Wir anerkennen, dass es Grenzen der Umweltbelastung gibt, die nicht überschritten werden dürfen. Wir setzen uns für eine Umweltpolitik ein, die soviel wie möglich auf das Prinzip der Freiwilligkeit setzt. Dies bedeutet, dass die Bevölkerung ohne staatlichen Zwang für Umweltfragen sensibilisiert wird. Umgesetzt werden kann dies mit einem obligatorischen Ökologieunterricht an den Schulen oder mit besseren Informationen an die Bevölkerung.

Für eine gesunde Umwelt sind auch in Zukunft staatliche Eingriffe in den Marktprozess notwendig. Soweit es sinnvoll, technisch machbar und finanzierbar ist, müssen marktwirtschaftliche Lösungen (Lenkungsabgaben und das Verursacherprinzip) mit dem Ziel ausgebaut werden, Kosten und Nutzen des Umweltschutzes in den Preismechanismus der Wirtschaft zu integrieren. Deshalb ist eine rasche Umsetzung der CO₂-Abgabe notwendig.

Auf internationaler Ebene sind vermehrt Abkommen anzustreben, welche die Umweltschutzbestrebungen der einzelnen Staaten koordinieren, und einheitliche Grenzwerte nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen für die Belastungen von Luft, Wasser und Boden vorsehen. Es ist von höchster Wichtigkeit, dass die einzelnen Staaten ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zugunsten der Umwelt zurückstecken, falls diese nicht vereinbar sind. Dabei müssen die grossen Industrienationen mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- **die Förderung von alternativen und umweltschonenden Energieformen**
- **den Ausbau steuerlicher Anreize um Energie zu sparen**
- **die Einführung eines obligatorischen Ökologieunterrichts**
- **eine signifikante Reduktion des CO₂-Ausstosses**
- **einen verstärkten Einsatz der Schweiz für den Umweltschutz auf internationaler Ebene**

3 VERKEHRSPOLITIK

Die Verkehrspolitik umfasst alle öffentlichen und privaten Verkehrsmittel sowie die Verkehrsinfrastruktur. Wir sind der Ansicht, dass alle Menschen frei in der Wahl ihres Fortbewegungsmittels sein sollen. Die Mobilität ist ein Grundpfeiler unserer erfolgreichen Volkswirtschaft. Einschränkungen können aus Umwelt- oder Lärmschutzgründen erfolgen.

Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs ist weiter zu steigern. Wir unterstützen Massnahmen, welche den Fahr- und Reisekomfort erhöhen. Öffentlicher Verkehr soll auch von privatwirtschaftlichen Unternehmen erbracht werden.

Ein Projekt, welches den öffentlichen Verkehr bereichert, ist die Swissmetro. Als Aktionäre der Swissmetro verlangen wir, dass sich die Regierung des Kantons Basel-Stadt für den Bau des ersten Teilstücks der Swissmetro, welches die Flughäfen und Innerstädte von Basel und Zürich verbindet, einsetzt.

Das schweizerische Autobahnssystem soll primär dem Individualverkehr zur Verfügung stehen. Spätestens nach dem Bau der NEAT ist sämtlicher Lastwagen-Transitverkehr auf die Bahn zu verlagern.

Wir fordern von der Regierung des Kantons Basel-Stadt die weitere Ausdehnung der Fussgängerzone in der Innerstadt. Als flankierende Massnahme muss genügend günstiger Parkraum an der Peripherie der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- **die Realisierung einer grossflächigen Fussgängerzone in Basel**

- ***genügend Parkraum an der Peripherie der Innenstadt***
- ***den Bau der Swissmetro***

4 WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Schweiz als kleines und exportorientiertes Land ist dem internationalen Standortwertbewerb stark ausgesetzt. Die schweizerische Wirtschaftspolitik muss sich im internationalen Wettbewerb bewähren und mit Vorteilen gegenüber anderen Standorten aufwarten. Wir bekennen uns zur freien Marktwirtschaft, da sie die Güterversorgung am besten gewährleistet. Die Wirtschaftspolitik ist darauf ausgerichtet, Wohlstand und Lebensqualität zu fördern und zu verbessern. Dabei sind stets auch soziale und ökologische Verpflichtungen zu berücksichtigen, die als integrale Bestandteile von steigendem Wohlstand und Lebensqualität zu verstehen sind.

Wir stehen für eine sinn- und massvolle Deregulierung, für eine wirksame Kartellpolitik und für steuerlich attraktive Rahmenbedingungen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmungen, ein. Gründungen von Unternehmungen sind zu fördern. Der verwaltungstechnische und administrative Aufwand für kleine und mittlere Unternehmen ist zu vermindern.

Die schweizerische Wirtschaft ist wegen ihren innovativen und qualitativ hoch stehenden Produkten erfolgreich. Die Innovativität in der Schweiz ist folglich eine der wichtigsten Quellen unseres Wohlstandes. Sie darf nicht durch eine grundsätzliche Verweigerungshaltung oder durch Moratorien für neue Technologien gebremst oder gestoppt werden. Die Wirtschaftspolitik hat zum Ziel, Anreize für Unternehmungen zu schaffen, ihre Forschung, Entwicklung und Produktion in der Schweiz zu stationieren.

Wir setzen uns für die weitere Liberalisierung der Post, für eine gestärkte Autonomie der Universitäten und Hochschulen und für eine weitere Öffnung des Strommarktes ein. Das weitere Anwachsen der Staatsausgaben pro Kopf muss verhindert werden. Die Staatsquote ist mindestens zu stabilisieren. Das Ziel ist deren Senkung.

Das schweizerische Steuersystem ist wettbewerbsneutral auszugestalten. Elemente der wirtschaftsfeindlichen Besteuerung von natürlichen und juristischen Personen sind zu eliminieren. Wir fordern längerfristig die Prüfung und Einführung einer Flat Tax

für natürliche Personen. Die Steuerbelastung von natürlichen und juristischen Personen, insbesondere die Belastung durch versteckte und indirekte Steuern, ist tendenziell zu senken. Damit wird die Kaufkraft erhöht.

Der Kanton Basel-Stadt soll sich dem gegenwärtigen Steuerwettbewerb unter den Kantonen stellen und insbesondere für natürliche Personen konkurrenzfähiger werden.

Wir befürworten die Steuerbefreiung von Jugendlichen in Ausbildung und das Angebot von günstigen Wohnheimen für diese Personen. Wir setzen uns für die gezielte Schaffung von Ausbildungsplätzen und für Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit ein. Es besteht Handlungsbedarf bei Wirtschaft und Staat.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***die Senkung des verwaltungstechnischen und administrativen Aufwandes für kleine und mittlere Unternehmen***
- ***die weitere Liberalisierung der Post, die Stärkung der Autonomie von Universitäten und Hochschulen sowie die zunehmende Öffnung des Strommarktes***
- ***die Senkung der Steuerbelastung von natürlichen und juristischen Personen***
- ***wirksame Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit***

5 SOZIALPOLITIK

Das System der sozialen Sicherheit dient der Existenzsicherung und der Sicherstellung des finanziellen Handlungsspielraums jedes Menschen. Namentlich hat es die Aufgabe, den Betroffenen in Fällen wie Krankheit, Unfall, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter oder Tod einen angemessenen Schutz zu garantieren.

Wir anerkennen die Bedeutung von staatlicher Sozialpolitik. Wir erachten es aber als wichtig, dass die private Vorsorge gefördert wird. Eigenverantwortung steht dabei im Zentrum.

Die Sozialwerke müssen auch für die kommenden Generationen tragbar sein. Wir lehnen einen weiteren Ausbau der AHV ab. Sie muss effizienter gestaltet werden. Das Rentenalter muss periodisch der steigenden Lebenserwartung angepasst werden, um der demographischen Entwicklung der Schweizer Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Die Sozialhilfe muss die Existenzsicherung für in Not geratene Menschen gewährleisten. Sozialhilfeleistungen des Staates sind nur an diejenigen Menschen zu leisten, die wirklich darauf angewiesen sind. Die Erforderlichkeit der einzelnen Sozialhilfeleistungen ist periodisch zu überprüfen. Für Sozialhilfebezüger müssen vermehrt Anreize geschaffen werden, sich selbst zu versorgen.

Der unfreiwillige Generationenvertrag ist ein wichtiger Grundpfeiler unseres Sozialstaates. Dieser Vertrag, in den man nicht kraft Zustimmung, sondern per Geburt eintritt, ist einzuhalten.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- **die Flexibilisierung des Rentenalters**
- **die Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung**
- **die Einhaltung des Generationenvertrages**

6 GESUNDHEITSPOLITIK

In der Schweiz wird seit langem erfolgreich gegen eine Zweiklassenmedizin angekämpft. Daher garantiert die gesetzlich vorgeschriebene Krankenversicherung allen Menschen eine gute Grundversorgung. Dies halten wir für elementar. Denn es darf nicht sein, dass Menschen aus finanziellen Überlegungen ihre Krankenversicherung vernachlässigen und im Krankheitsfall dem Sozialstaat zur Last fallen.

Wir befürworten eine gesamtschweizerische, staatliche Einheitskrankenkasse für den obligatorischen Grundversicherungsbe-
reich. Dieser muss eine transparente Gebührenstruktur aufweisen und frei von jeglichen Luxuskomponenten sein. Die Versicherten haben sich daran zu beteiligen.

Die Versicherten sind genau über die durch sie verursachten Kosten zu informieren und sollen nur dann einen Arzt konsultieren, wenn dies ihr Gesundheitszustand erfordert. Zusätzlich müssen die Apotheker vermehrt medizinische Aufgaben übernehmen. Gerade bei kleinen Erkrankungen reicht oftmals eine Konsultation des Apothekers aus.

Die Abgabe von Generika und deren Herstellung müssen weiter gefördert werden. Flankierend ist ein erweiterter Patentschutz für neue teure Spitzenmedikamente zu garantieren.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***eine gesamtschweizerische, staatliche Einheitskrankenkasse für den obligatorischen Grundversicherungsbereich***
- ***die weitere Förderung der Generikaproduktion und -abgabe***
- ***die Ausweitung des Patentschutzes für neue Spitzenmedikamente***

7 GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Die Bundesverfassung garantiert die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebenslagen. Dies bedeutet, gleiche Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Chancen für Arbeitsstellen. Wir bekämpfen Ungerechtigkeiten in diesem Bereich.

Die Umsetzung dieser verfassungsmässig garantierten Gleichstellung muss gezielt vom Staat kontrolliert und durchgesetzt werden. Massnahmen wie Quotenregelungen oder andere „Brechtstangen-Methoden“ sind zu unterlassen.

Schutzmassnahmen für Frauen lehnen wir ab, da diese die Gleichstellung von Mann und Frau verhindern. Gleichstellung erreichen wir nicht, indem wir das eine Geschlecht besonders schützen oder bevorzugen. Gleichstellung erreichen wir mit der Chancengleichheit für Mann und Frau.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***die selbstverständliche Anerkennung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Wirtschaft und in der Politik***
- ***adäquate Massnahmen zur Durchsetzung der Gleichstellung***

8 DROGENPOLITIK

Die Abhängigkeit von Suchtmitteln ist ein gewichtiges Problem, gerade bei Jugendlichen. Wichtiger als Verbote und polizeiliche Repression ist eine frühe Aufklärung vor den Gefahren von Konsum und Abhängigkeit der Suchtmittel.

Die Akzeptanz von Alkohol ist zwar historisch bedingt, rechtfertigt jedoch nicht dessen juristische Bevorzugung gegenüber Can-

nabisprodukten. Wir streben die Legalisierung von Cannabis an. Der Erwerb, Besitz und Konsum von Cannabisprodukten ist zu entkriminalisieren. Der Verkauf dieser Suchtmittel muss wie das Alkoholpatent der Kontrolle des Bundes unterstellt werden. Dadurch werden die Kontrollmöglichkeiten der Abgabe an Jugendliche verbessert und die Zahl der Cannabis-Konsumenten gesenkt.

Wir unterstützen ärztlich kontrollierte Heroinabgaben an registrierte Süchtige und Substitutionsprogramme, zum Beispiel mit Methadon. Die Ziele solcher Programme sind der Ausstieg aus der Sucht, die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und die Senkung der Beschaffungskriminalität.

Der Missbrauch von Drogen und die Nachfrage nach Drogen sind möglichst gering zu halten. Dies erfolgt am wirksamsten durch eine breite Prävention. Dabei haben die Eltern und die Erzieher als Vorbilder eine wichtige Funktion. Weiter unterstützen wir Massnahmen wie regionale Suchtpräventionsstellen, in Drogenfragen geschultes Lehrpersonal und Beratungsstellen für Eltern. Die Aufklärung an den Schulen muss einheitlich sein.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***eine koordinierte Prävention durch den Bund und die Kantone***
- ***die Legalisierung von Cannabis***
- ***die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe***

9 BILDUNGSPOLITIK

Es ist unumgänglich, dass der Einzelne über einen gewissen Bildungsstand verfügt, um eigenverantwortlich zu handeln und kompetent zu entscheiden. Eine an der ganzen Bevölkerung orientierte Bildungspolitik darf nicht zu einer Nivellierung der Ausbildung führen.

Gesamtschweizerisch muss das Bildungswesen vereinheitlicht werden. So sind Unterschiede in der Ausbildungsdauer und im Ausbildungsniveau zu vermeiden. Damit werden Schulwechsel über die Kantonsgrenzen hinaus erleichtert und für Studierende gleiche Ausgangslagen geschaffen. Die Ausbildung in der obligatorischen Schulzeit muss so gut wie möglich auf die Wirtschaft abgestimmt sein, um einen optimalen Übertritt von der Schule in die Berufslehre zu gewährleisten. Fremdsprachige Schüler sind mit Stützkursen in unserer Landessprache zu fördern.

Auf der Gymnasialstufe befürworten wir eine verschärfte Selektion, damit trotz steigender Studentenzahl auf einen Numerus clausus an den Universitäten verzichtet werden kann.

Die gymnasiale und universitäre Ausbildung ist eine von mehreren Möglichkeiten einer fundierten Ausbildung. Wir verlangen die Förderung der Berufsmatur und darauf aufbauend qualitativ hoch stehender Fachhochschulen.

Für Basel ist der Betrieb einer Universität eine kultur- und bildungspolitische Verpflichtung. In der Lehre und Forschung sind angesichts der beschränkten finanziellen Mittel Schwerpunkte zu setzen. Wir unterstützen die Mobilität der Studierenden innerhalb der Schweiz, namentlich zwischen den Sprach- und Kulturregionen. Wir befürworten die Einführung von leistungsbezogenen Stipendien und Ausbildungskrediten. Das schweizerische Hochschulsystem muss ausgebaut und harmonisiert werden.

Neben der nationalen Mobilität begrüßen wir die Teilnahme unseres Landes am europäischen ERASMUS-Programm. Dessen Freizügigkeitsbestrebungen, zum Beispiel die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungszeugnissen, sehen wir als Chance zur Aufwertung unseres nationalen Bildungswesens an.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***die schweizweite Vereinheitlichung der obligatorischen Schulzeit***
- ***die Harmonisierung des schweizerischen Hochschulsystems***
- ***die Förderung der Mobilität von Studierenden***

10 KULTURPOLITIK

Wir gehen von einem weiten Kulturbegriff aus. Wir anerkennen die vielfältigen kulturellen Ausdrucksformen und befürworten die kontinuierliche Weiterentwicklung derselben.

Staatlich verordnete Kultur lehnen wir ab. Der Staat soll nur die Rahmenbedingungen setzen und dort finanzielle Unterstützung leisten, wo private Kulturförderung nicht ausreicht. Weiter muss der Staat die Kultur der gesamten Bevölkerung, vor allem der Jugend, zugänglich machen. Eine elitäre, rückwärtsgewandte oder immobile Kulturszene wird so vermieden. Staatliche Eingriffe müssen der Vielfalt der Kultur Rechnung tragen. Die Auswahl von förderungswürdigen Projekten ist Experten zu überlassen.

Wir verlangen, dass hauptsächlich Kultur von jungen Menschen staatlich gefördert wird. Junge Kulturproduzenten und Kulturschaffende verfügen meist noch nicht über die finanziellen Mittel, das notwendige Netzwerk und die nötige Akzeptanz. Die Jugend muss mehr Möglichkeiten haben, ihre Kultur zu produzieren und aktiv auszuüben. Sie braucht Plattformen, um ihre Arbeiten zu präsentieren. Dafür setzen wir uns ein.

Wir verlangen weitgehende Freiheit für staatliche Museen. Museumsgeschäfte und öffentliche Restaurants steigern die Eigenfinanzierung und die Motivation des Personals.

Wir akzeptieren auch Sport als Ausdrucksform der Kultur. Die Jugend muss vermehrt zum Sport animiert und in sportlichen Aktivitäten unterstützt werden.

Basel als Sportstadt muss sich stets bemühen, Sportereignisse in die Stadt zu holen und nicht durch eine Verhinderungspolitik Sportanlässe fernzuhalten.

Wir stehen hinter dem breiten Kulturangebot der Stadt Basel. Dieses gilt es zu erhalten, zu pflegen und wo nötig zu erneuern. Als Pfeiler der Standortattraktivität und als Zugpferd des Fremdenverkehrs muss das Kulturangebot entsprechend vermarktet werden.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***die Erhaltung des Kulturangebots von Basel***
- ***die beschränkte staatliche Unterstützung der Kulturszene***
- ***die Unterstützung von Jugendlichen in ihrem Kulturschaffen***

11 AUSSENPOLITIK

Wir streben eine Aussenpolitik an, die auf eine verstärkte Kooperation mit unseren Nachbarstaaten, auf eine Stärkung des Ansehens und der Stellung der Schweiz in der Welt sowie auf eine intensiviertere Zusammenarbeit mit den Ländern Europas setzt.

Unsere Neutralität ist ein wertvolles und schützenswertes Prinzip im Bereich der Landesverteidigung. Sie darf nicht als Vorwand missbraucht werden, die Schweiz international zu isolieren. Unser Land muss politisch ein stärkeres Gewicht in der Staatengemeinschaft bekommen und insbesondere im Rahmen der UNO engagiert, aktiv und initiativ mitarbeiten. So kann die Schweiz den Chancen, Problemen und Herausforderungen der zunehmend

globalisierten Welt gemeinsam mit den anderen Ländern angemessen begegnen.

Die Schweizer Wirtschaft ist in starkem Masse vom internationalen Handel abhängig und auf eine weitere Liberalisierung des Welthandels angewiesen. Wir unterstützen die handelspolitische Stossrichtung der WTO und die finanzpolitischen Pläne der Institutionen von Bretton Woods. Die Schweiz darf diesen Plänen nicht hindernd im Weg stehen, sondern muss sie umzusetzen helfen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Schweiz auch in Zukunft Welt-offenheit und internationale Kooperation hochhält und sich auf der ganzen Welt für Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit engagiert.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- **die verstärkte Kooperation mit anderen Ländern**
- **die aktive Mitarbeit der Schweiz in internationalen Organisationen**
- **den weiteren Abbau von Handelshemmnissen durch die WTO und die UNO**

12 EUROPAPOLITIK

Die europäische Integration ist ein historischer, gesellschaftlicher und politischer Prozess, von dem auch die Schweiz betroffen ist. Wir teilen mit den Staaten der EG ein kulturelles und weltanschauliches Erbe und sind von ihnen als Wirtschaftspartner am meisten abhängig.

Wir begrüssen den Weg der bilateralen Zusammenarbeit mit der EG und streben eine Europapolitik an, die unser Land nicht zur isolierten Insel im europäischen Raum werden, sondern als europäisches Land an den Errungenschaften der europäischen Integration teilhaben lässt.

Eine intensivere Bindung der Schweiz an die EG darf und soll nicht kategorisch ausgeschlossen werden. So schliessen wir einen EG-Beitritt zwar nicht für immer aus, unter den heutigen Umständen lehnen wir ihn jedoch ab. Wir unterstützen die Annäherung der Schweiz an die EG durch verstärkte Assoziierung anstatt durch einen Beitritt. Im Falle eines EG-Beitritts der Schweiz müssen die Eigenheiten und Errungenschaften der Schweizer Demokratie und unserer Verfassung beibehalten werden.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***eine stärkere wirtschaftliche Kooperation der Schweiz mit der EU***
- ***eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EG***
- ***kein Beitritt der Schweiz zur EG***

13 MIGRATIONS POLITIK

Wir stehen hinter der humanen, aber konsequenten Asylpolitik des Bundes. Die Asylpolitik im 20. Jahrhundert war kein Ruhmesblatt. Mancherorts führte das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturen zu Problemen. Demgegenüber war und ist die Schweiz, insbesondere die Wirtschaft der Schweiz, auf die Zuwanderung angewiesen.

Wir sind der Ansicht, dass Massnahmen wirtschaftlicher Art und zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge nötig sind. Deshalb ist eine wirksame Asylausenpolitik voranzutreiben. Die Hilfe vor Ort muss intensiviert werden.

Für anerkannte Asylbewerber muss ein leistungsorientiertes Angebot im Bereich Berufsbildung und Sprachkurse eingerichtet werden. Ebenfalls müssen sie mit unserer Kultur vertraut gemacht werden. So wird deren Integration gefördert.

Im Einbürgerungsverfahren muss die Rechtsgleichheit stets gewährleistet sein.

Die Kriterien der Einbürgerung sind vom Souverän festzulegen. Das Einbürgerungsverfahren muss ein reiner Verwaltungsakt sein.

Wir befürworten die erleichterte Einbürgerung gut integrierter Ausländer. Das Wahl- und Stimmrecht für Ausländer lehnen wir ab.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***die Förderung einer wirksamen Asylausenpolitik verbunden mit einer verstärkten Zusammenarbeit auf der Basis des Abkommens von Dublin***
- ***eine verstärkte Integration anerkannter Asylbewerber***
- ***die Einbürgerung soll als reiner Verwaltungsakt verstanden werden***

14 SICHERHEITSPOLITIK

Die Bedrohungslage der Schweiz ist aus sicherheitspolitischen Analysen weitgehend bekannt. Terroristische Angriffe („Nadelstiche“) nichtstaatlicher Einheiten stehen im Vordergrund. Die Schweiz kann ein Ziel des asymmetrischen Krieges sein, da sie weltweit als Wirtschaftsstandort und als Sitz internationaler Organisationen bekannt ist.

Getreu dieser Bedrohungslage sind die Vorgaben an die Sicherheitspolitik zu formulieren. Oberste Ziele müssen der Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen (Natur, Infrastruktur und Kulturgüter) sowie der Friede in Freiheit und Unabhängigkeit sein. An der Neutralität in Konfliktfällen ist festzuhalten. Weiter gilt es, das Staatsgebiet zu behaupten und die freie wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Schliesslich ist die Schweiz aufgrund ihrer humanitären Tradition und ihres Reichtums verpflichtet, einen wesentlichen Beitrag an die internationale Stabilität zu leisten.

Wir befürworten die Weiterführung und gegebenenfalls den Ausbau friedenserhaltender Auslandseinsätze der Armee. Die sicherheitspolitischen Akteure dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen ihrer Eignung entsprechend eingesetzt werden. Wir verlangen, dass das Zusammenwirken von Bund und Kantonen etwa bei Grossanlässen effizienter gestaltet wird. Bezüglich der Kostentragung von Einsätzen müssen klare Vereinbarungen zwischen dem Bund und den involvierten Kantonen abgeschlossen werden.

Den Sicherheitsbehörden muss es möglich sein, den Datenschutz verdächtiger Personen mit gezielten Massnahmen einzuschränken. Letztere haben stets im Einklang mit der persönlichen Freiheit jedes Menschen zu erfolgen. Oberster Auftrag der kantonalen Polizeikorps muss die Durchsetzung des Rechts und die Herstellung von subjektiver Sicherheit der Bevölkerung sein.

Da die aktuellen Bedrohungen der Schweiz unterschiedlicher Art sind, brauchen wir eine multifunktionale, kooperative und allzeit einsatzbereite Armee. Sie muss stets zur Landesverteidigung, zum Schutz des Luftraumes, zur Unterstützung ziviler Behörden in Katastrophenfällen und zu friedenserhaltenden Auslandseinsätzen bereit sein.

Um von der Bevölkerung auch künftig akzeptiert zu werden, muss die Armee wirtschaftsverträglich und kostenbewusst gestaltet werden. Wir fordern die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht anstelle der allgemeinen Wehrpflicht. Schweizer

Bürger erfüllen ihre allgemeine Dienstpflicht bei der Armee, beim Bevölkerungsschutz, durch einen Sozialdienst oder durch andere zivile Einsätze im Dienste der Allgemeinheit. Auf diese Weise wird die Dienstgerechtigkeit garantiert und verhindert, dass sich viele Bürger auf dem sanitarischen Weg von der Wehrpflicht dispensieren lassen und lediglich einen finanziellen Beitrag leisten.

Wir halten am Milizsystem fest. Ein stehendes Heer an Berufssoldaten ist unnötig und wäre überdies nicht finanzierbar. Zudem fehlte einer Berufsarmee die Verankerung in der Bevölkerung.

Der Armee darf nicht die Rolle einer Hilfspolizeiarmee zukommen. Sie muss als eigenständige und wichtige Sicherheitsproduzentin verstanden werden. Milizkader sind so einzusetzen, dass sie ihre Werte und ihre Fähigkeiten einbringen können, also primär in Schulen und in Fortbildungsdiensten. Milizformationen generell sind vor allem in Raumsicherungsoperationen und im Gefecht mit verbundenen Waffen einzusetzen. Für subsidiäre Einsätze (zum Beispiel Botschaftsbewachungen) sind hauptsächlich Zeit- und Berufsmilitär sowie Durchdiener einzusetzen.

Die Armee darf nicht als Ausbildungsbetrieb in einer geschützten Werkstatt mit unrealen Bedingungen funktionieren. Die Armee hat ihre Ausbildungsinhalte den heutigen sicherheitspolitischen Gegebenheiten anzupassen und die Ausbildung realitätsnah und effizient durchzuführen. Sie muss immer für Einsätze zum Wohle der Allgemeinheit bereit sein.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***die Anerkennung von Sicherheit als primäre Grundlage des Wohlstandes und als unverzichtbarer Standortvorteil***
- ***eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen***
- ***die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht***
- ***eine starke Milizarmee und keine Berufsarmee***

15 FAMILIENPOLITIK

In der heutigen Gesellschaft dürfen familiäre Pflichten und insbesondere die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder nicht vernachlässigt werden. Der Staat soll und kann diese nicht übernehmen. Er hat aber günstige Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen.

So haben die Kantone, die Gemeinden und private Unternehmen ein ausreichendes Angebot an familienexternen Kinderbetreuungsplätzen (zum Beispiel Kinderkrippen) anzubieten. Diese sind nicht ausschliess-

lich vom Staat zu finanzieren. Eltern, welche dieses Angebot beanspruchen, haben einen finanziellen Beitrag zu leisten. Der Staat kann gegebenenfalls eine Anschubfinanzierung leisten und eine gewisse Infrastruktur sicherstellen. Weiter muss er schweizweit für einheitliche Unterrichtszeiten (Blockzeiten) an den Volksschulen sorgen sowie vermehrt Tagesschulen und Betreuung während der Mittagszeit anbieten. Private Unternehmen und die öffentliche Verwaltung als Arbeitgeber haben ihren Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu leisten. So muss eine flexible Arbeitszeitgestaltung wenn immer möglich selbstverständlich sein. Zudem sind die Arbeitgeber angehalten, Teilzeitstellen für Mann und Frau auf allen Stufen einzurichten. Frauen und Männer, welche gleichzeitig Kinder erziehen und erwerbstätig sind, verursachen entsprechend durch ihre zu entrichtenden Steuern und Abgaben Mehreinnahmen beim Staat und den Sozialversicherungen. Somit ist eine finanzielle Entlastung von Familien mit Kindern und von Alleinerziehenden angezeigt. Kinder dürfen nicht zu finanziellen Unsicherheiten oder gar zum Armutsrisiko führen. Denkbar sind eine Abzugsmöglichkeit für die berufsbedingte Fremdbetreuung der Kinder, eine pauschale Erhöhung des Kinderabzuges oder eine Unterstützung von Betreuungseinrichtungen.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt fordern:

- ***einen Ausbau des Angebots an familienexterner Kinderbetreuung und familienfreundliche Strukturen an allen Volksschulen***
- ***eine flexible Arbeitszeitgestaltung in der Wirtschaft und in der Verwaltung***
- ***eine finanzielle Entlastung für Familien mit Kindern und für Alleinerziehende***

Verabschiedet in Basel am 6. April 2006 von der Mitgliederversammlung der Jungfreisinnigen Basel-Stadt.

Der Präsident

Der Vizepräsident

Nicolas Flückiger

Florian Wieland